

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 57 (1978)
Heft: 3

Artikel: Frankreichs Gewerkschaften im Märzsturm
Autor: Scheuer, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347524>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Frankreichs Gewerkschaften im Märzsturm

Frankreichs Gewerkschaften sind durch den Bruch der Linksunion direkt betroffen. Der Ausgang der Parlamentswahlen am 12. und 19. März ist zweifelhaft. Selbst für den Fall einer derzeit immer noch wahrscheinlichen Linksmehrheit im ersten Urnengang sind die vollständigen Stimmenübertragungen in den entscheidenden Stichwahlen nicht mehr gewährleistet. Und selbst wenn auch der zweite Urnengang den Linkssieg bestätigen sollte, ist das Zustandekommen einer Volksfrontregierung noch nicht gewiss; die Kluft zwischen SPF und KPF ist wieder so tief geworden, dass eine Verständigung nach dem 19. März problematisch ist. Die Möglichkeit einer Verlängerung des konservativ-gaullistischen Regimes trotz formaler Linksmehrheit im Wählervolk wird daher nicht ausgeschlossen. Die Hoffnung vieler Arbeitnehmer auf die im Volksfrontprogramm vorgesehenen Sozialreformen ist damit verdunkelt.

Geschlossenheit

Die drei führenden Gewerkschaften (die kommunistisch dirigierte CGT, die den Sozialisten nahestehende CFDT und der unabhängige Lehrerverband FEN) reagieren in dieser neuen Situation unterschiedlich. Zunächst manifestierten sie in den letzten Wochen, im Kontrast zu den zerstrittenen Linksparteien, mit Massenstreiks und Strassenkundgebungen ihre Geschlossenheit. Sie wollten damit nicht nur auf die Regierung Giscard-Barre, sondern auch auf die Führer der gespaltenen Linken einen Druck ausüben.

Gewerkschaftliche Versuche, den Bruch zwischen den Linksparteien zu kitten oder zwischen den zerstrittenen Parteiführungen zu vermitteln, hatten keinen Erfolg. Die Gewerkschaften haben nun ihrerseits in der Wahlkampagne Stellung bezogen. Erstmals mit solcher Deutlichkeit, nachdem sich auch der Präsident des Arbeitgeberverbandes, François Ceyrac, offen für den Wahlerfolg des Bürgerblocks aussprach.

Gegensätze

CGT-Boss Georges Seguy, zugleich Mitglied des Politbüros der KPF, liess diesmal die sonst im Gewerkschaftsstatut vorgeschriebene neutrale Haltung fallen und veröffentlichte einen eindeutigen Aufruf, schon im ersten Urnengang am 12. März kommunistisch zu wählen. Dies führte zu Protesten, Widerständen und Krisenerscheinungen nicht nur in der Basis, sondern auch im Funktionärsstab der CGT, der keineswegs einheitlich kommunistisch ausgerichtet ist.

Die beiden anderen grossen Berufsverbände äusserten sich umsichtiger, wenngleich es keinen Zweifel über ihre Sympathien für die SPF gibt.

Hier verzichtet man auf dick aufgetragene Wahlparolen, gibt aber doch eindeutige Hinweise. In der FEN erklärten sich auf dem letzten Kongress 58 Prozent der Delegierten mit dem Vorsitzenden André Henry für die zu den Sozialisten tendierende Strömung.

Die CFDT schliesslich spielt als zweitstärkster Arbeitnehmerverband in der gegenwärtigen Wahlkampagne eine besondere Rolle. Sie trat Anfang Februar mit einem neuen, sorgfältig ausgearbeiteten Reformprogramm hervor, das gegebenenfalls zu einer neuen Diskussionsgrundlage für die Volksfrontpartner werden könnte, falls diese noch zu einer Verständigung bereit sein sollten.

Reformen

Für den CFDT-Vorsitzenden Edmond Maire kommt es nicht so sehr auf die Zahl der zu verstaatlichenden Betriebe an – daran waren die Volksfrontverhandlungen im September 1977 zwischen SPF, KPF und Linksliberalen gescheitert –, sondern vor allem auf deren «Inhalt». Die CFDT äussert sogar ausdrückliches Misstrauen gegen Verstaatlichungen und unterstreicht die Notwendigkeit der Arbeitnehmerselbstverwaltung (Autogestion), in der die Gewerkschaften eine hervorragende Rolle zu spielen hätten.

Zwar sollen neun Konzerne, wie es im gemeinsamen Regierungsprogramm ursprünglich vorgesehen war, verstaatlicht werden, in der Hüttenindustrie (deren zusätzliche Verstaatlichung von der KPF verlangt wird) soll es aber zunächst nur staatliche Beteiligung geben (wie es die SPF wünscht). Unterstrichen wird aber vor allem die Wichtigkeit echter Dezentralisierung und erhöhter Befugnisse der Betriebsräte.

Kritik

Vor allem unterstreicht die CFDT, mit Fortfall der normalen und legalen Linksalternative drohten Frankreich «eine autoritäre Zukunft und Abenteuer». Laut Maire beging Frankreichs Linke den Fehler, sich selbst und ihren Anhängern nicht «die ganze Wahrheit über die Tiefe und Breite der gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialkrise gesagt zu haben». Man habe sich eingebildet, dass «mit einem Wechsel der politischen Landschaft auch die Wirtschaftskrise gelöst werden könnte». Viele Linkswähler glaubten bis jetzt noch, dass mit einem Volksfrontsieg das Ende der Arbeitslosigkeit und der schlechten Arbeitsbedingungen sowie eine Steigerung der Kaufkraft gewährleistet sei: «Diese vereinfachende, schematische Sicht wurde vom positiven Charakter des gemeinsamen Programms verbreitet. Dieses kann aber auch nach Aktualisierung die wirklichen Probleme noch nicht lösen.» Die KPF trage dabei mit ihrer Schwarzweissmalerei die Hauptverantwortung, aber auch die SPF habe die Dinge nicht genügend klargestellt.

Warnung

Die CFDT übt in diesem Zusammenhang auch Selbstkritik und bekennt, gleichfalls geglaubt zu haben oder den Glauben verbreitet zu haben, dass mit einer entsprechenden Massenbewegung und guten Wahlergebnissen alle anstehenden Probleme gelöst werden könnten. Die tatsächliche Tiefe der Krise wurde nicht wirklich analysiert.

Schlussfolgerung: Wenn die Linksunion wieder zustande kommen soll, müssten sich die französischen Arbeitnehmer künftighin für konkrete, unmittelbar erreichbare Ziele in Bewegung setzen, das Ausmass der Krise müsse erfasst werden, die Reduzierung der in Frankreich besonders krassen sozialen Unterschiede sei nicht nur durch massive Anhebung der kleinsten Löhne möglich, wobei von den verschiedensten Kategorien Opfer gebracht werden müssten.

Für den Fall eines Wahlfiaskos der Linken im März befürchten die meisten französischen Gewerkschafter negative Konsequenzen für alle Beteiligten: Rückfall der KPF in Sektierertum, Spaltungserscheinungen in der SPF, parteienfeindliche Haltung breiter Massen, Radikalisierung und wachsende Gefahr autoritärer Abenteuer.

Man weiss, dass sich die KPF seit ungefähr neun Jahren, insbesondere seit ihrem Protest gegen die Sowjetinvasion der Tschechoslowakei 1968, in Konflikt mit dem Kreml befindet. Im Auftrag Breschnews hat der Pariser Sowjetbotschafter sogar den Abschluss der Linksunion der KPF mit SPF und den Linksliberalen öffentlich verurteilt und während der Präsidentschaftswahlen 1974 ostentativ den damaligen konservativ-liberalen Kandidaten Giscard d'Estaing gegen Mitterrand gefördert. Die Beschlüsse des 22. KPF-Parteitages im Februar 1976 wurden in Moskau offen getadelt.

Der organisationspolitische Grundsatz der KPF ist der demokratische Zentralismus, ein dehnbarer Begriff, der aber jetzt so ausgelegt und praktiziert wird, dass die Diskussion der vorliegenden Fragen bis zur mehrheitlichen Beschlussfassung als notwendig betrachtet wird, in einer zweiten Phase jedoch nach mehrheitlicher Beschlussfassung die Minderheit sich der Mehrheit unterordnen und an disziplinierter Durchführung der Beschlüsse beteiligen muss. Fraktionsbildungen, wie sie in der Frühzeit der KPF möglich waren, sind weiterhin untersagt.

Georg Scheuer (Paris) in «Die Zukunft»